



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2013/11404**
Datum: 26.02.2013
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Herr Andreas
Scholtyssek

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten	17.01.2013	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	12.02.2013	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	20.02.2013	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.02.2013	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage - Integriertes Kommunales Klimaschutzkonzept - V/2012/10948

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt das Integrierte Kommunale Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis. ~~und befürwortet die Umsetzung der in dem Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen, um mindestens die im sogenannten Klimaszenario dargestellten Einsparziele im Bereich der CO₂-Emissionen in Höhe von 24,05 % und im Bereich Gesamtendenergieverbrauch in Höhe von 23,88 % bis zum Jahr 2020 (bezogen auf das Basisjahr 2009) anzustreben.~~

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen aus dem Maßnahmenprogramm zu entwickelnden Umsetzungsplan zu erarbeiten, aus dem ersichtlich wird, was, wie und bis wann mit welchen Kosten prioritär umgesetzt werden soll. ~~Bei vorgeschlagenen Maßnahmen, die von städtischen Unternehmen realisiert werden sollen, wirken die Vertreter der Stadt in den Organen des Unternehmens auf die Umsetzung hin. Dieses Konzept ist vorab dem Ausschuss für Ordnungs- und~~

Umweltangelegenheiten zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.

4. Dem Stadtrat ist zweijährlich in einer Informationsvorlage über umzusetzende bzw. umgesetzte Klimaschutzmaßnahmen und den Grad der Zielerfüllung zu berichten. Nach fünf Jahren ist das Konzept fortzuschreiben.

5. Das Klimaschutzkonzept soll mit einer eigenen und erkennbaren Haushaltsstelle im Haushaltsplan 2013 abgebildet werden.

gez.
Bernhard Bönisch
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

erfolgt mündlich